

Protokoll über die gemeinsame Sitzung der Ortsräte Dehnsen und Limmer

Sitzungsdatum: Montag, den 26.10.2020
Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 20:45 Uhr
Ort, Raum: Mensa der BBS Alfeld, Hildesheimer Str. 55, 31061 Alfeld

Anwesend:

Ortsbürgermeister

Herr Thomas Probst (Vorsitz)
Ratsherr Ralf Ahrens (Dehnsen)

Ortsratsmitglied Limmer

Frau Kathrin Rose
Herr Ulrich Müller
Herr Ömer Öz
Ratsherr Peter Winkelmann

Ortsratsmitglied Dehnsen

Herr Jürgen Maedge
Herr Hans-Jürgen Fasold
Ratsherr Sören Kübeck
Frau Daniela Ölke

Ortsratsbetreuerin Limmer

Frau Anna Pinar

von der Verwaltung

Bürgermeister Bernd Beushausen
Erster Stadtrat Mario Stellmacher
Referendar Lukas Fischer

Außerdem anwesend:

Einige Mitglieder der Bürgerinitiative
„Godenau-dagegen!“, u. a.
Herr Frank Schwarze

Presse

Herr Jan Linkersdörfer - Alfelder Zeitung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit der Ortsräte der Ortschaften Dehnsen und Limmer sowie der Tagesordnung

Herr Probst eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, darunter die Mitglieder der Ortsräte, Herrn Bürgermeister Bernd Beushausen, Herrn Stellmacher, Frau Pinar, den Vertreter der Presse und die Mitglieder der Bürgerinitiative als Zuhörer innen und Zuhörer.

Coronabedingt teilt er mit, dass der Mund- und Nasenschutz durchgehend aufgesetzt bleiben muss, außer es wird gerade das Wort erteilt. Zudem müsse nach 50 Minuten eine Unterbrechung stattfinden, damit die Räumlichkeiten gelüftet werden können.

Die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit der Ortsräte sowie die Tagesordnung werden sodann festgestellt.

2. Desdemona; Positionierung der Ortsräte

Herr Probst übergibt dazu das Wort an **Herrn Beushausen**.

Herr Beushausen geht zunächst ausführlich auf die historische Entwicklung des Geländes „Desdemona“ ein.

Weiterhin berichtet er rückblickend von der Beteiligung der Ortsräte Limmer und Dehnsen am 08.06.2020 in einer nichtöffentlichen Sitzung im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine) zu dem geplanten Vorhaben einer „Sanierung“, von der Informationsveranstaltung am 08.09.2020 mit den unmittelbar betroffenen Anliegern in der Mensa der Bürgerschule, eingeladen durch den Landkreis und auch von dem Treffen mit dem Angelverein am 28.09.2020, bei dem wesentlich mehr Personen, als eingeladen, anwesend waren.

Seit dem Treffen mit dem Angelverein habe sich das geplante Vorhaben dahingehend verändert, dass jetzt ein Wirkungsgrad von 98 % erreicht werden könnte, dennoch entspreche das Vorhaben der Eigentümerin Maja Transport GmbH in Zusammenarbeit mit der Firma Umweltdienste Kedenburg GmbH nicht einer Sanierung im klassischen Sinn, sondern eher der Bildung einer Deponie.

Der entsprechende Antrag nach § 13 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) für die Sanierung von Altlasten ist beim Landkreis Hildesheim zu stellen und daher liegt die Zuständigkeit nicht bei der Stadt Alfeld (Leine). Es muss lediglich „mit der betroffenen Kommune das Einvernehmen hergestellt werden“.

Die Stadt Alfeld (Leine) hat sich zu der „Sanierung“ immer sehr deutlich positioniert und vertritt auch nach außen hin eine klare Rechtsauffassung. Sollte der entsprechende Antrag gestellt werden, könne die Stadt Alfeld (Leine) lediglich zu planerischen Gesichtspunkten Stellung nehmen.

Für die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) am 29.10.2020 hat **Herr Beushausen** eine Resolution gegen das Vorhaben entworfen und wird das Gremium um einen entsprechenden Beschluss dazu bitten.

Herr Beushausen hält zudem abschließend fest, dass seit 1989 für das Grundstück eine entsprechende Genehmigung nach dem Abfallgesetz vorliegt, die es ermöglicht, die Fläche als Deponie zu nutzen. Diese Genehmigung habe nach wie vor Bestand.

Herr Probst bedankt sich bei **Herrn Beushausen** für den Überblick und den aktuellen Sachstand in der Angelegenheit und erklärt für die heutige Sitzung, dass sich die Ortsräte Dehnsen und Limmer eindeutig gegen das Vorhaben positionieren und dieses heute offiziell festhalten möchten.

Herr Winkelmann pflichtet dieser Aussage bei und hält für sich fest, dass er 1. überrascht sei, wie hoch die tatsächliche Belastung eigentlich ist und 2. dass das vorgelegte Konzept keine Sanierung sei. In der nichtöffentlichen Sitzung im Juni sei eher der Eindruck entstanden, dass man dem Vorhaben zustimmen sollte, damit die Eigentümerin nicht insolvent gehe, aber dieses sei für die Ortsräte kein Argument dafür. Es gebe nach wie vor die Möglichkeit der Sanierung durch das Land Niedersachsen, welches verhältnismäßig sei, wenn man die entsprechenden Entsorgungskosten gegenrechnen würde. Zudem sei 3. der beträchtliche LKW-Verkehr nicht zu verachten und daher habe man sich in einem Abwägungsprozess GEGEN das Vorgaben entschieden.

Herr Kübeck fügt hinzu, dass sich die Bedenken eher vergrößert haben und man nach wie vor keine Antworten auf alte Fragen erhalten habe. Die Verbesserung für die Zukunft ist ungewiss, eine Information zum Grundwasserspiegel liegt nicht vor und das Risiko für die Zukunft, welches von der Fläche ausgehe, ist auch nicht messbar. Zudem überwiegt die starke Belastung der unmittelbaren Anwohner und daher müsse das Land vorweg gehen und eine vertretbare Lösung für die Bürger schaffen.

Herr Müller bezeichnet das Vorhaben als „Tabubruch“ und hält fest, dass es sich um Ablagerung von Z2-Boden handle. Zudem sei die Fläche nicht außerhalb einer Ortschaft, sondern man habe eine Deponiesituation innerhalb einer Ortschaft. Man müsse auch bedenken, was bei einer möglichen Umsetzung des Vorhabens passieren könnte, vielleicht werde zukünftig jede leere Fläche mit belastetem Material abgedeckt. Das entstehende „Bauwerk“ werfe zudem einen Schatten auf die Grundstücke der Anlieger und es seien nach wie vor viel zu viele offene Fragen, die nicht beantwortet werden.

Frau Ölke hält fest, dass das Vorhaben keine Sanierung sei und man alternativ ein wirkliches Sanierungskonzept erwarte. Man müsse Probleme lösen und nicht neue schaffen.

Herr Ahrens empfindet die Grundwasserbelastung und auch die persönliche Sicherheit durch die Lärmbelästigung bedenklich, der Umweltschutz müsse berücksichtigt werden und man müsse Sicherheit für die Anwohner schaffen.

Herr Müller schließt sich dieser Aussagen an und hofft, dass der Kreistag bzw. die Kreisverwaltung einem Antrag auf „Sanierung“ nicht entsprechen werde.

Herr Beushausen erklärt, dass Entscheidungen der Kreisverwaltung überprüfbar seien und der Kreistag ein autonomes Recht habe. Die Mehrheitsgruppe im Kreistag hat mit Schreiben vom 16.10.2020 einen entsprechenden Antrag gestellt, das Vorhaben, das ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist, auf sich zu übertragen.

Herr Kübeck empfindet diese Entwicklung positiv und wird mit seinen Ortsratskollegen das Vorgehen kritisch begleiten.

Herr Probst schließt sich den Aussagen seiner Vorredner an und öffnet die Sitzung, damit die anwesenden Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen können.

Herr Schwarze als Sprecher der Bürgerinitiative wendet sich an die Anwesenden:

„Meine Damen und Herren,

Bitte, was stellt man sich unter diesem Begriff „Altlastsanierung“ vor? Einen Plan, der im Boden befindliche Schadstoffe mit einem Deckel aus Schadstoffen bedeckt? Innerhalb einer Ortschaft? In einem fruchtbaren Tal, an einer sogenannten Storchenroute? Nahe Angelteichen und Hühnermobilen? In einem Naherholungsgebiet, vor den Toren einer Kleinstadt? Abgedeckt mit einem Flugzeughangar – großem Sarkophag aus belastetem Bauschutt? Schön soll er später aussehen, der 8. Berg im Leinetal! Begrünt mit Blümchen und Bäumchen. Vielleicht so, wie der heutige Harz? Durch fehlenden Regen vertrockneter Vegetation? Da wird sicher auch nicht der häufiger auftretende Starkregen helfen – der spült aber dann wenigstens mit seinen wechselnden Glenewasserständen munter weiter die Schadstoffe des Geländes Richtung Hannover aus. Meine Damen und Herren, nun mal ohne Sarkasmus! Von den schon genannten Verkehrs- und Schadstoffaufkommen mal ganz abgesehen. Wir befinden uns im Zeitalter der Friday For Future-Bewegungen. Was sagen hierzu unsere Kinder? Unter einer Sanierung einer Altlast verstehen wir etwas anderes! Wir möchten eine nachhaltige Lösung solcher Problemstellen! Und keinen Baustellen für künftige Generationen – Mensch und Tier! Denn die, sind schon belastet genug!“

Weitere Wortmeldungen aus dem Zuhörerbereich gibt es nicht.

Herr Ahrens fasst als Resümee der Ortsräte Limmer, Godenau und Dehnsen zusammen – die Ortsräte haben sich intensiv mit den möglichen Sanierungskonzepten befasst.

Dabei stand im Vordergrund, dass keine Beeinträchtigung der direkten und umliegenden Anlieger hinsichtlich einer Lärmbelastigung oder Gefahr durch Baustellenfahrzeuge entstehen dürfe. Ein weiterer grundlegender Punkt ist der Umweltschutz, hinsichtlich einer möglichen Ausspülung der vorhandenen Schadstoffe durch Grund- oder Hochwasser, oder auch bei starken Regenfällen, in umliegende Gewässer oder Anliegergrundstücke.

Der entscheidende Umstand jedoch ist, dass die dargestellte Sanierungsvariante vom Grunde her das Problem nicht löst.

Belasteten Boden mit weniger belastetem Boden in großem Umfang abzudecken, stellt aus Sicht der Ortsräte keine Schadstoffsanierung dar. Es birgt zudem noch die Gefahr eines Erdabrutsches durch den aufgeschütteten Boden, wenn das Erdreich übermäßig durchnässt ist, z. B. bei steigenden Grundwasser- oder Hochwassersituationen.

Nur eine Entsorgung des schadstoffbelasteten Bodens und eine Wiederverfüllung mit unbelastetem Boden, stellt eine umweltgerechte- und nachhaltige Sanierung dar und löst das Problem dauerhaft.

Aus den aufgeführten Gründen lehnen die Ortsräte der Ortschaften Limmer, Godenau und Dehnsen die Sanierungsvariante 3 zur Abdeckung der Deponie mit belastetem Boden ab und stellen nachfolgenden **Antrag**:

„Mit Bitte, um Einbringung des Themas über die Stadt Alfeld (Leine), den Genehmigungsantrag der Sanierungsvariante 3 durch den Kreistag im Sinne der Ortsräte überprüfen zu lassen.“

Herr Probst bittet daraufhin zunächst den Ortsrat Limmer und danach den Ortsrat Dehnsen, über den vorliegenden Antrag abzustimmen.

Ortsrat Limmer: **EINSTIMMIG**

Ortsrat Dehnsen: **EINSTIMMIG**

Herr Beushausen nimmt diesen einheitlichen Beschluss der Ortsräte mit in die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) am 29.10.2020, in der auch die Resolution zu dem Thema beschlossen werden soll.

Zudem berichtet er, dass der entsprechende Antrag der Eigentümerin Maja Transport GmbH in Zusammenarbeit mit der Firma Umweltdienste Kedenburg GmbH gemäß § 13 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) für die Sanierung von Altlasten beim Landkreis bereits eingereicht wurde und die Antragsunterlagen in einem durch die Stadt Alfeld (Leine) eingerichteten Datenraum zur Einsicht ausgelegt werden.

Die Sitzung wird für 15 Minuten zum Lüften unterbrochen.

Um 20.40 Uhr wird die öffentliche Sitzung fortgeführt.

3. Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

4. Anfragen

Auf die Nachfrage eines Anliegers antwortet **Herr Beushausen**, dass es zu den Straßenmarkierungen in der Straße „In der Masch“, die auf beiden Seiten aufgesprüht worden sind, noch keine Antwort des Landkreises gäbe.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, schließt **Herr Probst** die öffentliche Sitzung der Ortsräte um 20.45 Uhr.

Vorsitzender:

Protokollführerin:

Ortsbürgermeister:

(Ortsbürgermeister Probst)

(Pinar)

(Ahrens)